

Artikel drucken

Um diese Seite auszudrucken, benutzen Sie bitte die entsprechenden Funktionen Ihres Browsers (z.B. **Datei > Drucken**).

Günstig 4 Wochen testen und Geschenk sichern - das Handelsblatt Probeabo

Abo-Service Handelsblatt Tel.: 0180.2 782 782 (0,06 € pro Anruf)

Unternehmen > Handel + Dienstleistungen

HANDELSBLATT, Montag, 30. Januar 2006, 07:56 Uhr

Luftfahrt

Airlines sollen für Emissionen zahlen

Die große Koalition will den Flugverkehr möglichst rasch in den Handel mit Emissionsrechten einbeziehen. Dadurch würden sich Flugtickets verteuern. EU-Umweltkommissar Stavros Dimas begrüßt die deutsche Initiative. Die Branche ist geteilter Meinung.



Startender Jet auf dem Flughafen Düsseldorf. Foto: dpa

HB BERLIN. „Auch beim Flugverkehr müssen wir mehr Effizienz und Sparsamkeit erreichen. Über den Emissionshandel können wir den entsprechenden Druck aufbauen“, sagte Ulrich Kelber, Fraktionsvize und umweltpolitischer Sprecher der SPD, dem Handelsblatt.

Unterstützung erhält Kelber vom Koalitionspartner: „Der Flugverkehr muss in die Überlegungen zum Emissionshandel einbezogen werden“, forderte Katherina Reiche (CDU), Fraktionsvize und

umweltpolitische Sprecherin der Union.

EU-Umweltkommissar Dimas erklärte, er sei erfreut, dass die deutsche Seite das Thema vorantreibe. „Das System ist nur dann kohärent und fair, wenn auch die Fluggesellschaften Verantwortung für den Ausstoß von Treibhausgasen übernehmen“, betonte Dimas.

Die Luftfahrt hat zwar in den vergangenen Jahren unter Umweltgesichtspunkten erhebliche technologische Fortschritte erzielt. Das weltweit anhaltende Passagierwachstum – allein 50 Prozent in den vergangenen zehn Jahren – hat aber zu einer erheblichen Zunahme der Treibhausgasemissionen geführt. Zurzeit ist der Flugverkehr nur für drei Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Experten erwarten jedoch in den kommenden Jahren eine massive Zunahme.

Deshalb werden Forderungen immer lauter, die Branche in den Emissionshandel einzubeziehen. Spätestens zur Jahresmitte muss die Bundesregierung ihren Entwurf eines neuen Nationalen Allokationsplans (NAP) bei der Europäischen Kommission vorlegen. Der Plan gilt für die Emissions-Handelsperiode von 2008 bis 2012 und regelt, wie die Emissionszertifikate auf die einzelnen Emittenten verteilt werden. Der Handel mit den Zertifikaten, der bislang etwa für Kraftwerke und bestimmte emissionsintensive Anlagen verpflichtend ist, belohnt Investitionen in klimaschonende Produktionsweisen (siehe „Handeln für die Umwelt“).

Die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Kelber und Reiche wollen verhindern, dass der Flugverkehr in der kommenden Handelsperiode außen vor bleibt. Sie halten es zwar nicht mehr für machbar, die Branche gleich zu Beginn der nächsten Handelsperiode im Jahr 2008 zur Teilnahme zu verpflichten. Nach Kelbers Einschätzung ist es jedoch realistisch, das Problem noch im Verlauf der kommenden Handelsperiode zu lösen. Fachleute teilen diese Ansicht. „Es müsste möglich sein, 2010 zu beginnen“, sagte Umweltökonom Martin Cames vom Öko-Institut. EU-Kommissar Dimas strebt sogar 2009 an.

Die EU-Kommission will Ende 2006 einen Richtlinienentwurf für den Emissionshandel im Flugverkehr vorlegen. Geplant ist, dass alle Passagier- und Frachtflüge, die von einem Flughafen innerhalb der EU starten, in das System einbezogen werden. Dies soll auch für außereuropäische Airlines gelten. Nicht betroffen sind Flüge aus Drittländern in die EU.

Die Emissionsrechte sollen kostenlos an die Fluggesellschaften verteilt werden. Allerdings sollen die Airlines weniger Zertifikate bekommen, als sie für ihren bisherigen Kohlendioxidausstoß benötigen. Dies bedeutet, dass sie Zertifikate zukaufen müssen, wenn ihre Flotten nicht umweltfreundlicher werden. „Der Branche muss klar sein, dass das auf jeden Fall etwas kostet“, sagte Reiche. Umweltkommissar Dimas hat errechnet, dass der Ticketpreis für einen Langstreckenflug um maximal neun Euro steigen wird, sollten die Airlines die Kosten voll auf die Kunden abwälzen.

Grundsätzlich hat sich die EU-Kommission bereits Ende vergangenen Jahres dafür ausgesprochen, den Handel mit Zertifikaten auf die Branche auszudehnen. „Wir begrüßen die Bemühungen der Kommission, eine ökonomisch und ökologisch sinnvolle Lösung zu finden. Wir können den Luftverkehr nicht aus der Klimapolitik ausklammern“, sagte ein Sprecher von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD). In der Koalitionsvereinbarung zwischen Union und SPD wird das Thema lediglich mit einem Satz erwähnt.

Flugkonzerne fürchten Wettbewerbsnachteile, solange der Emissionshandel auf Europa beschränkt bleibe. „Wir glauben zudem, dass es sehr viel bessere Möglichkeiten für den Klimaschutz gibt, etwa über eine Verbesserung der Luftfahrt-Infrastruktur“, sagte ein Lufthansa-Sprecher. Allein der deutsche Konzern vergeude wegen dramatischer Engpässe an Flughäfen jährlich mehr als 30 000 Tonnen Kerosin in Warteschleifen. In der Branche gibt es aber auch Befürworter der Initiative: Der Luftverkehr müsse seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Branche müsse daher „aktiv nach vorne gehen“, sagte Michael Kerkloh, Geschäftsführer des Flughafens München, der „Süddeutschen Zeitung“.

Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, AFP, ddpADN, dpa, sid, Reuters, und vwd. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit grösster Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

Schließen